

Ein Jubiläum sozialer Frauenarbeit

Im Jahre 1949 waren es 40 Jahre, seitdem Alice Salemon in Berlin die erste Soziale Frauenschule ins Leben rief, indem sie mit klarem Blick Kräfte zu erfassen verstand, die aus der Frauenbewegung um die Jahrhundertwende hervorgewachsen waren.

Im Oktober 1949 konnte auch die Soziale Frauenschule des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg ein Jubiläum feiern, das ihres dreißigjährigen Bestehens. Sie gehört in den Kreis der sechs katholischen Sozialen Frauenschulen, die teils vom Deutschen Frauenbund (Berlin, München, Aachen), teils vom Caritasverband und seinen Fachverbänden (Heidelberg, Freiburg, Dortmund-Münster) getragen werden. Die jüngste, Andernach (die stärker auch eine Ausbildung zur Seelsorgshelferin einbezieht), ist vom Bistum Trier ins Leben gerufen worden. Die Arbeit in Freiburg ist nicht der Beginn der besonderen katholischen Arbeit, reicht aber weit in den Anfang zurück. Sie erwuchs aus gemeinsamen Bemühungen des Katholischen Frauenbundes und des Deutschen Caritasverbandes. 1921 wurde ihr die staatliche Anerkennung zuteil, nachdem seit 1918 dieser Ausbildungsgang mit einer staatlichen Berechtigung versehen war und dann 1922 den Charakter einer höheren Fachschule bekam. In zweijährigem Lehrgang werden geeignete Bewerberinnen aus allen Kreisen der Frauen, wenn sie genügend soziale Erfahrungen und ein Mindestalter von zwanzig Jahren haben, zur Wohlfahrtspflegerin und für den hauptamtlichen Beruf in der freien Liebestätigkeit ausgebildet, wobei eine besondere Schulbildung nicht zu den Voraussetzungen gehört.

1935 bestanden etwa vierzig solcher Frauenschulen. Bis auf Andernach waren die obengenannten katholischen darunter. Heute wird die Zahl sich auf die gute Hälfte der Einrichtungen belaufen.

Bei dem Festakt der Freiburger Sozialen Frauenschule hielt Frau Dr. Helene Weber eine bemerkenswerte Rede. Drei Gedanken mußten für das Fürsorgewesen maßgebend bleiben, wenn es echte Hilfe für den Menschen in Not sein sollte: Erstens der Primat der freien Liebestätigkeit gegenüber allen notwendigen staatlichen Regelungen, weil darin der Helferwille des Volkes zum Ausdruck komme und ohne diese ursprüngliche Hilfsbereitschaft alle staatlichen Maßnahmen versagen müßten. Es sei eine Neugestaltung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes notwendig, die dem freien Helferwillen weite Wirkmöglichkeiten gäbe. Sodann sei es unerlässlich, daß alle Wohlfahrtsarbeit von Tiefenkräften der Seele getragen, das heißt also von weltanschaulichem Geiste geprägt sei. Gerade die argen Erfahrungen der Hitlerzeit haben den Wert der katholischen Wohlfahrtsschulen erwiesen. Moralischer Mut sei heute, wenn wir allenthalben an die deutschen Verhältnisse denken, so notwendig wie damals. Mehr Erkenntnisse, mehr moralischer Mut, mehr Wille zu treuer Gemeinschaft müsse das Leitwort der Ausbildung zur Fürsorgerin in dieser Notzeit sein. Drittens müsse alle Arbeit hingerichtet sein auf die Regeneration der Familie. Gesundes Familienleben zerstöre am sichersten die Keime der Gefährdung. In einem Volke, in dem heute auch die Erwachsenen Zucht und Maß und Kinderstube vermissen lassen, hat die Fürsorgerin eine ernste und schwere und ermüdende Aufgabe. In einem armen Volke, in dem die Fürsorgerin auch dem Armen, der alle Anrechte auf Hilfe hat, noch mit leeren Händen gegenübersteht, hat

sie eine leidvolle Aufgabe, die nur das liebende Herz zu leisten vermag. Weil die großen Dienste notwendiger Hilfe noch immer so ungewiß sind, gewinnen die kleinen Dienste eine doppelte Wichtigkeit. Die Fürsorgerin ist wahrhaft die helfende Hand der Gemeinschaft.

Erzbischof Rauch griff ein Wort aus der Brevierlesung des Tages über den greisen Eleazar auf, der eine iniqua miseratio seiner Freunde zurückweist, ein falsches und unrechtes Mitleid, wie es nach der Heiligen Schrift aus einer bloßen Humanitas kommen kann. Wahres Erbarmen kann nur aus der Wahrheit entspringen, aus der Wahrheit von oben.

Die Freiburger Schule hat durch ihre eigentümliche Verbindung mit der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes ein besonders weitgebreitetes Wirken. Seit der Gründung der Sozialen Frauenschule haben 670 Schülerinnen aus allen Gegenden Deutschlands die staatliche Prüfung abgelegt. Von ihnen arbeiten heute rund 50 Prozent bei Behörden und 50 Prozent in den verschiedensten Zweigen der Caritasarbeit. Unter anderem sind die ehemaligen Schülerinnen heute tätig in der Fürsorgetätigkeit bei Gesundheits-, Fürsorge-, Jugend- und Arbeitsämtern, in der Familienfürsorge in Stadt und Land, in der Säuglings-, Schul-, Trinker- und Tuberkulosefürsorge, in der Gefährdetenfürsorge, im Vormundschaftswesen, in der Außenfürsorge für Heime und in der Jugendgerichtshilfe. Andere arbeiten in der Arbeitsvermittlung, in der Berufsberatung und in der Werkfürsorge, wieder andere stehen im Dienst der freien Wohlfahrtspflege und in der kirchlichen Liebestätigkeit. Entsprechend der Vielseitigkeit der Berufsmöglichkeiten gliedert sich auch der Unterrichtsplan an der Sozialen Frauenschule. Er umfaßt drei Fachgebiete: Gesundheitsfürsorge, Jugendwohlfahrtspflege und Wirtschafts- und Arbeitsfürsorge. Jede Schülerin kann je nach Vorbildung und Neigung eines dieser drei Gebiete als Hauptfach wählen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Die großen Kongresse des Heiligen Jahres in Rom

Während des Heiligen Jahres werden in Rom eine Anzahl von wichtigen internationalen Kongressen tagen. Das Zentralkomitee des Heiligen Jahres

hat kürzlich eine erste Liste derselben, die später noch ergänzt werden wird, herausgegeben:

16.—18. Februar: Internationale Tagung der katholischen Journalisten.

2.—8. März: Internationale Tagung der „Hospitalité de Notre Dame de Lourdes“.

22.—28. März: Internationaler Kongreß des Meeresapostolats.

13.—16. April: Geistliche Tagung für den weltlichen und regulierten Klerus, organisiert von der Gregorianischen Universität.

26.—30. Mai: Internationale Tagung für Kirchenmusik.

10.—17. August: Internationale Tagung für katholische Esperantisten.

4.—8. September: Internationaler Missionskongreß.

3.—12. Septemehr: Internationaler katholischer Kongreß des Sozialdienstes.

- 5.—9. September: Internationale Tagung katholischer Krankenpflegerinnen.
 7.—11. September: Internationaler Franziskanerkongreß für Geschichte der scholastischen Philosophie.
 11.—17. September: Internationaler thomistischer Kongreß, Kongreß der christlichen Philosophen, Kongreß der Seminarprofessoren.
 10.—14. Oktober: Internationale Katechetentagung.
 15.—20. Oktober: Internationaler Franziskanerkongreß der Erzieher.
 1.—8. November: Internationale Tagung für Mariologie.
 10.—20. Dezember: Internationale Tagung der Laienführer des Dritten Ordens der Franziskaner.

Pax Romana über die sozialen Pflichten von Universität und Studentenschaft

Man fordert heute immer wieder von den Akademikern soziales Pflichtbewußtsein. Schwieriger ist es anzugeben, worin denn der eigentliche soziale

Beitrag des Akademikers besteht, besonders wenn es sich um den Studenten handelt. Offenbar ist damit mehr gemeint als die Selbstverständlichkeit, daß er verpflichtet ist, die Jahre seines Studiums auszunutzen und sich vor Standesdünkel und Einbildung zu bewahren. Die letzte interamerikanische Tagung der internationalen katholischen Studenten-Bewegung Pax Romana in Mexiko-City stellte sich die Aufgabe, nach den konkreten Möglichkeiten zu suchen, die dem Studenten als einzelner und in der Gemeinschaft der studentischen Bewegung sowie auch der Universität als ganzer gegeben sind, die Gesellschaft im Sinne christlicher Reform zu beeinflussen. Man kann nicht sagen, daß sie neue Möglichkeiten entdeckt hätte. Aber es war ein bemerkenswerter Versuch, in die konkreten Probleme einzudringen und sich nicht in der Wiederholung von Grundsätzen zu verlieren. Sicher hat die Mahnung des Papstes dazu beigetragen, der in seinem Begrüßungstelegramm die Studenten und Akademiker aufgefordert hatte: „sich nicht mit der Verkündung von Grundsätzen zu begnügen, sondern eine beharrliche, geordnete, systematische und wirksame Tätigkeit zu entfalten, um für den amerikanischen Kontinent einen sozialen Frieden zu sichern, der auf christlicher Gerechtigkeit und Liebe zwischen allen Menschen ohne Unterschied von Rasse und Klasse aufgebaut ist“.

Die Versammlung war sich darüber einig, daß die Kirche und namentlich ihre Laien-Glieder sich unmöglich damit abfinden können, der sozialen Unordnung nur durch Seelsorge und Caritas zu begegnen. In Amerika, und besonders in Südamerika, leben breite Schichten der Bevölkerung unter menschenunwürdigen Bedingungen. Sie sind bedroht durch Unterernährung, Seuchen, Wohnungsnot, geistige Primitivität und soziale Deklassierung.

Gegen die splendid isolation der Hochschulen

An die Universitäten wurde die Forderung gerichtet, aus der geistigen Abgeschlossenheit herauszutreten und sich an der seelischen Führung des ganzen Volkes unmittelbar zu beteiligen, wie es die mittelalterlichen Hochschulen getan haben, die den geistigen Anschauungen und Werturteilen des Volkes den Weg zu weisen verstanden. Auch den modernen Universitäten ist die Aufgabe gestellt, dem Volk diejenigen philosophischen, geschichtlichen und sozialen Wahrheiten zu vermitteln, deren es zum Aufbau einer neuen Geisteshaltung bedarf. Das Ansehen der Universitäten im Volk ist immer noch so groß, daß ihre Lehre mit Ehrfurcht gehört und als Wahrheit geglaubt wird.

Aber vielleicht ist es noch wichtiger, daß die Universitäten im übrigen Volk zunächst einmal ein Beispiel vom Gemeinschaftsleben geben durch die Art, wie sie das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten gestalten. Ferner wurde gefordert, daß die Studienordnung für alle Fächer eine Ausbildung gewährleistet, die den künftigen Akademiker befähigt, verantwortlich im öffentlichen Leben, in Staat, Gemeinde und Gesellschaft mitzuarbeiten, und daß die Universität ihren Schülern jene Haltung vermittele, deren es zu wirklicher Demokratie bedarf.

In der studentischen Bewegung erblickte man eine notwendige Ergänzung zur Universität. Sie ist gewissermaßen der Ort, an dem der Student innerhalb der Universität und der Gesellschaft „Stand“ faßt. Sie soll den jungen Menschen, der aus dem Elternhaus in die Selbstständigkeit des Lebens eintritt, vor der Versuchung zum Individualismus bewahren. Dieser Zweck würde nicht erreicht werden, wenn die studentische Gemeinschaft sich damit begnügen wollte, ein isoliertes Gruppenleben zu führen. Sie muß in Universitätskreisen und darüber hinaus durch Zusammenarbeit mit anderen Gruppen ein tätiges soziales Apostolat ausüben. Vor allem ist es ihre Pflicht, den Kontakt zur Arbeiterschaft zu finden und auszubauen. Im geistigen Leben der Gruppe soll den sozialen Fragen ein hervorragender Platz eingeräumt werden, wie auch das religiöse Leben der studentischen Gemeinschaften vor allem auf die Erfüllung der Pflichten der sozialen Gerechtigkeit und der Nächstenliebe Bedacht zu nehmen hat.

Von jedem einzelnen Studenten forderte die Versammlung, daß er sich darüber klar werde, wie sehr jede soziale Ordnung in ihrer Dynamik von der Gesinnung und Haltung ihrer Glieder, besonders aber ihrer Führer abhängt. Nicht die Gesetze, sondern die Art, wie man sie anwendet und ihnen gehorcht, machen den Staat in concreto aus, und so ist es in jeder Gemeinschaft. Deshalb darf in der Zukunft in den Reihen der katholischen Akademiker jener Typus nicht mehr zu finden sein, der sich nur als Spezialist seines Berufes verstand, den er um seines privaten Erwerbes willen ausübte. Führer des Volkes zu heißen, das verpflichtet zu einem Leben mit und unter dem Volke und um des Volkes willen.

Zur Theologie der Gnade

Unter den bedeutenden Neuerscheinungen der französischen Theologie befindet sich das Werk von Henri Rondet SJ: „Gratia Christi: Essai d'histoire du dogme et de théologie dogmatique“ (Paris 1948). Abt Williams von Downside widmet ihm in der englischen Benediktinerrevue „The Downside Review“ (Herbst 1949) einen Leitartikel. Wie wir daraus entnehmen, gewinnt die von dem französischen Jesuiten de Lubac vertretene Auffassung, daß die Art und Weise, in der die nachtridentinische Kontroverstheologie die Beziehungen zwischen natürlicher und übernatürlicher Ordnung darstellte, nicht in der Linie der augustinisch-thomistischen Tradition liegt (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 10, S. 353), durch dieses Werk wesentlich an dogmengeschichtlicher Beweiskraft. Williams hebt hervor, daß Rondet zum erstenmal auf katholischer Seite eine umfassende geschichtliche Darstellung des Problems der Gnade geboten hat und daß wir sein Werk aus diesem Grunde als ein Dokument ersten Ranges für die zukünftige Entwicklung der Theologie der Gnade zu betrachten haben.

Thomas von Aquin

Der französische Jesuit behandelt in vier großen Abschnitten die Ursprünge der Gnadenlehre, die patristische Tradition, die mittelalterliche Theologie und die Lehre der Neuzeit. Besonders die zwei letzten Abschnitte sind von aktueller Bedeutung. Wie Rondet die Sache auf Grund sorgfältiger Quellenforschung darstellt, lag „das Problem der reinen Natur außerhalb des Gesichtskreises des heiligen Thomas und seiner Zeitgenossen“. Die Wiederentdeckung der aristotelischen Philosophie gab den Anstoß zur Unterscheidung zwischen Natur und Übernatur. Mehr als Augustinus legt deshalb der heilige Thomas den Nachdruck auf die Transzendenz des übernatürlichen Zieles. Er hat aber nicht etwa eine Philosophie der reinen Natur begründet, sondern sein Verdienst ist es, daß er die Übereinstimmung der aristotelischen Philosophie und der christlichen Tradition dadurch herstellte, daß er zu zeigen verstand, wie die übernatürliche Bestimmung aller geistigen Kreatur, die uns durch die Offenbarung bekanntgemacht wird, mit der natürlichen Bestimmung des Menschen bei Aristoteles voll übereinstimmt. Der Mensch strebt zu gleicher Zeit einer doppelten Bestimmung entgegen. Die eine, das irdische Glück der Philosophen, entspricht seinen natürlichen Kräften. Die andere, das wirkliche Endziel des Menschen, das sein Sehnen ausfüllt, ist die ewige Seligkeit, eine Bestimmung, die den Philosophen notwendig unzugänglich bleiben mußte, da sie eben erst ein Gegenstand der Offenbarung ist. Aber zwischen beiden Ordnungen besteht eine innere Abhängigkeit wie die zwischen Leib und Seele: sie fordern einander.

Irrwege

Das Zeitalter zwischen Thomas und der Reformation ist nach der Darstellung von Rondet gekennzeichnet durch den Zusammenbruch dieser Synthese von Natur und Übernatur. Die Theologie wurde unrealistisch. Sie vermochte nicht mehr die persönliche religiöse Erfahrung zu deuten. Die deutsche Mystik isolierte das Übernatürliche, der übertriebene Augustinismus zerstörte die natürlichen Werte, der Nominalismus andererseits entwertete die Übernatur zu einer historischen Zufälligkeit. Das Ergebnis dieser Strömungen war die Theologie Luthers. Die nachtridentinische Theologie hat es leider versäumt, die Synthesis des heiligen Thomas wieder aufzunehmen.

Die Kontroverse über Natur und Gnade

Nach Rondet geben die theologischen Lehrbücher ein falsches Bild, wenn sie in ihrer Darstellung des Bajanismus bei der Erörterung des Verhältnisses von Natur und Übernatur übersehen, daß Bajus überhaupt keine zutreffende Vorstellung von der heiligmachenden Gnade und statt ihrer nur einen juristischen Begriff von menschlichem Verdienst besaß. Bajus stellte infolgedessen den Menschen im Urstand und wiederum im Zustand des Erlösten als Rechtspartner Gottes dar. Diese Darstellung, nicht aber die wesentliche Bestimmung des geschaffenen Menschen zur Gnade und Schau Gottes, wurde von der Kirche verworfen. Es ist schade, sagt Rondet, daß die Theologen ihre Mühe darauf verwendeten, dem Bajanismus und dem jansenistischen Pessimismus einen Optimismus entgegenzusetzen, der sich auf eine Lehre von der isolierten Natur des Menschen, eben von der *natura pura* gründet. Sie hätten besser getan, ihm mit einem Optimismus der Gnade zu begegnen, in dem der Heilswille Gottes und die freie Mitwirkung des Menschen gesehen würden.

In einem kurzen Schlußwort sagt der französische Theologe: Wenn der reiche Gehalt der christlichen Offenbarung über die Gnade dem modernen Menschen zugänglich gemacht werden soll, muß man es auf dem Weg über jene Systeme versuchen, die seit Beginn des letzten Jahrhunderts „das christliche Dogma laisiert haben“. Mit anderen Worten, man müßte den heiligen Thomas in der Art nachahmen, wie er den heidnischen Aristotelismus behandelte.

Abt Williams schließt seine Würdigung mit einer Bemerkung ab, die einem Mißverständnis begegnen soll. Die theologischen Bedenken gegen die Annahme eines natürlichen Verlangens nach der übernatürlichen Daseinsform beruhen oft auf einer Verwechslung zwischen bewußtem Verlangen und juristischem Anspruch einerseits und ontisch-natürlicher Hinordnung auf die Übernatur andererseits. Die Kirche will nur lehren, daß wir die Kindschaft Gottes nicht auf Grund eines Rechtsanspruches, sondern von der Güte Gottes empfangen, während die seinshafte Hinordnung des geistigen Geschöpfes auf die Vereinigung mit dem Schöpfer im Sinn der christlichen, insbesondere der patristischen Tradition gerade das auszeichnende Merkmal des Menschen gegenüber aller anderen Kreatur darstellt.

Die Frömmigkeit der französischen Bauern In Frankreich ist kürzlich ein „Bauern-Missale“ herausgegeben worden. Es ist von einer Gruppe von Pfarrern und Seelsorgern der Katholischen Aktion aus verschiedenen Diözesen unter dem Protektorat des Abbé Boulard als Vertreter der nationalen Katholischen Aktion für die Bauern und des P. Roguet als Vertreter des Zentrums der liturgischen Bewegung seit dem Jahr 1944 zusammengestellt worden. Es umfaßt alles, was für das religiöse Leben des Christen notwendig ist: Texte, Beispiele und Räte für das persönliche Gebet und das Familiengebet mit der besonderen Absicht, die gedankenlose Routine zu durchbrechen; die liturgischen Texte der sieben Sakramente, den Ordo Missae, die wechselnden Texte der sonntäglichen Messen des ganzen Kirchenjahres, einige Texte von Wochentagen, besonders der Karwoche; die Messen der Feste erster und zweiter Ordnung des Heiligenkalenders, die Vespere, die Komplet, die Verehrung des Allerheiligsten Sakramentes, den Kreuzweg, die Litaneien, die gebräuchlichsten Segen und hundert ausgewählte Kirchenlieder. Liturgische Ausdrücke und Wendungen, die dem modernen Menschen unverständlich sind, sind durch ein Wörterbuch am Anfang erklärt; außerdem führt eine Einführung in die Geschichte des Volkes Gottes im Hinblick auf den Gebrauch der Symbole in der Liturgie ein.

Der Leiter der Gruppe von Geistlichen, die dieses Missale zusammengestellt haben, Abbé Bion, hat in der Zeitschrift „Lumen Vitae“, Nr. 3 1949, die religiöse Lage der Landbevölkerung skizziert, für die dieses Meß- und Gebetbuch zusammengestellt worden ist. In gewissen Landschaften Frankreichs ist die ländliche Bevölkerung, wie wir in der Herder-Korrespondenz schon oft erwähnt haben, fast ganz entchristlicht. Es gibt jedoch andere Gegenden, die noch in der alten christlichen Tradition leben; das sind die Bretagne, die Vendée, das Baskenland, das Zentralmassiv, Flandern, Lothringen, das Elsaß, der Jura und Savoyen. Was aber Bion über die Frömmigkeit dieser Landschaften sagt, entspricht durchaus dem, was man über die Frömmigkeit unserer kirchentreuen Landbevölkerung sagen kann.

Zunächst muß man sich klar machen, daß auch in den konservativsten Landstrichen die bäuerliche Bevölkerung eine soziologische Umwandlung durchmacht. Überall findet eine Abwendung vom Lande zu den Städten hin statt. Darum nimmt in einem bestimmten Landstrich die Zahl der eigentlich bäuerlichen Schicht im Verhältnis zu den Bewohnern der in ihr liegenden größeren oder kleineren Städte ab. Das Land wird auch immer mehr durchdrungen von Berührungen mit der übrigen Bevölkerung durch die Reisen, durch den Militärdienst, durch die Kriege, durch die Rückkehr von bäuerlichen Menschen, die eine Zeitlang in der Stadt gelebt haben. Auch die Umwandlung der landwirtschaftlichen Technik hat die geistige Verfassung der Landbevölkerung verändert. Dazu kommt noch der Einfluß der Gewerkschaften und anderer wichtiger Gruppierungen, die die ehemalige Familienstruktur der Landbevölkerung durchbrochen haben. Nicht zu unterschätzen ist natürlich auch der Vergnügungsbetrieb, Kino, Radio, Schlager und Tanzereien. So sind weithin Stille und Gefestigkeit, ebenso aber auch die frühere Resignation verschwunden. Dieser neuen Gestalt, die das Landleben angenommen hat, kann die traditionelle Form des bäuerlichen Frömmigkeitslebens in der Tat nicht mehr entsprechen. Die rein im Gefühl und in der Überlieferung verwurzelte Stille und feste Frömmigkeit erfüllt vielleicht noch die Alten; die Jungen sind in Gefahr, sich dem religiösen Leben zu entfremden, wenn es ihnen nicht in einer neuen Form, die sich vor allem auch an ihren Verstand wendet, nahegebracht wird.

Abbé Bion, der einer Diözese im Zentralmassiv angehört, berichtet, daß in dieser das religiöse Leben noch umso lebendiger ist, je weiter die Menschen vom modernen Leben abgesondert sind. Jemand, der diesen Zustand mit rein soziologischem Blick betrachten wollte, könnte sagen, diese Frömmigkeit entspreche den Überbleibseln von Heidentum, das sich im fünften und sechsten Jahrhundert in den entlegenen Winkeln des Landes, vor allem in den Gebirgen, gehalten habe. Er würde darum überzeugt sein, daß diese Überbleibsel in zwei oder drei Generationen ebenfalls verschwunden sein würden. Denn die Isoliertheit auch entlegener Täler ist schon heute keine wirkliche mehr.

Wenn der Glaube bei der bäuerlichen Bevölkerung erhalten bleiben soll, genügt dieser Traditionalismus nicht. Wo die Umwandlung bereits im Gange ist, ist das Gebetsleben des bäuerlichen Christen seinem neuen Lebensgefühl nicht mehr angemessen.

Man kann beobachten, daß das bäuerliche Gebet immer selbstüchtiger wird; das einzige Gebet, das noch verstanden wird, ist das Bittgebet. Diejenigen, die der Messe beiwohnen, sind am aufmerksamsten bei den beiden Mementos der Lebenden und der Toten; die Lobpreisung der Präfation oder der Aufopferung verstehen sie nicht mehr. Das Vaterunser wird immer mit einem besonderen Anliegen gebetet. Wenn Messen bestellt werden, so immer in einem besonderen Anliegen, in erster Linie für die Abgeschiedenen, dann aber auch für die verschiedenen Interessen der Lebenden.

Wenn man fragt, warum sie in die Messe kommen, so ist die Antwort die: um der Vorschrift zu gehorchen und nicht zu sündigen oder weil man es nun einmal so tut. Die

meisten dispensieren sich vom Meßbesuch, sobald sie ihre Gemeinde verlassen, auf Reisen, im Militärdienst, oder wenn sie auswärts arbeiten. Die bäuerlichen Tagelöhner, die in keiner Pfarrei ansässig sind, gehen gewöhnlich nicht zur Messe. Man hält sich sehr leicht für entschuldigt, z. B. durch die Jagd, durch Besuch, durch Arbeit. Allerdings bringt man sich dabei auch um eine ausgezeichnete Gelegenheit des Zusammentreffens und der langen Unterhaltungen in der Wirtschaft, die sich an den Kirchenbesuch anschließen.

Und was tun sie in der Messe? Sie sind anwesend. Genügt diese Anwesenheit dem Sonntagsgebot? Sie glauben es.

Frauen und junge Mädchen haben den Rosenkranz in der Hand oder ein altes Gebetbuch in der Tasche. Männer und junge Leute sind einfach da und warten, bis es zu Ende ist. Man schaut um sich, man läßt sich durch den Gesang einwiegen, man überläßt sich der ungewohnten Stille, und die Gedanken schweifen umher. Der Predigt hört man kaum zu. Im Sommer schläft man, da der ermüdete Körper der Untätigkeit und Stille und der Kühle im Gotteshaus nicht widerstehen kann. Hat einmal jemand ein Missale in der Hand, so ist es sicher ein Militant der Katholischen Aktion, ein Städter, ein Intellektueller. Die Bauern schließen auch eine ganze Menge ihrer Geschäfte während der Messe ab.

Trotzdem beten sie auch ein wenig in diesen Messen, schon allein um die Zeit umzubringen; oder sie schnappen irgendein Fragment der Predigt auf.

Abbé Bion sagt, daß in seiner Diözese das Familiengebet sich noch in vielen Häusern erhalten hat, besonders am Abend. Wenn es wahr ist, sagt er im Scherz, daß man die Christlichkeit eines Landes daran erkennt, wie schnell es seine Gebete herunterleiert, dann ist meine Diözese sehr fromm.

Es ist noch zu bemerken, daß das bäuerliche Gebet stets ein rein individuelles ist, auch wenn sie gemeinsam in der Familie beten und gemeinsam zur Messe kommen. Sie wissen nicht, was das Gebet der Gemeinschaft ist, und haben keine Vorstellung von der Gemeinschaft der Heiligen.

Jedoch sind sie imstande, besser zu beten.

Im Leiden und angesichts des Todes steigt oft ein tiefer Glaube an die Oberfläche empor und drückt sich dann in bewundernswürdiger Weise bis zum echten Vertrauen und zur echten Liebe aus. Aber gerade das ist ein Zeichen dafür, daß sie ihren Glauben nicht mit ihrem täglichen Leben in Verbindung zu setzen vermögen und daß ihnen das erst beigebracht werden muß.

Die Liturgie scheint Abbé Bion das beste Gebet für den Bauern zu sein. Sie ist zu gleicher Zeit beständig und wandelbar, bilderreich und reich an Lehre, sie ergreift den Einzelnen und die ganze Gemeinde; sie ist verhältnismäßig wenig von Archaismen belastet; sie ist ein Bestand der Überlieferung und läßt sich doch immer wieder neu erleben. Sie ist die wöchentliche Katechese des Volkes und sein Lobgesang. Sie muß darum wieder zum eigentlichen Gebet des Volkes werden und es zum Beten überhaupt erziehen.

Natürlich genügt ein Missale dafür nicht. Der Religionsunterricht, die Predigt, die Presse, die Schule, die Katholische Aktion, der Kontakt mit dem Priester, die Beichte,

die ganze Seelsorge muß eingesetzt werden zu diesem Werk, damit sich ein Fortschritt im Glauben, in der Hoffnung und in der Liebe bei der gläubigen Landbevölkerung vollzieht.

Ein Brief von
Garry Davis
an den Präsidenten
von Frankreich

Zur Ergänzung unseres Aufsatzes über „Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ im vorigen Heft S. 131 teilen wir die Kernstellen eines

Briefes von Garry Davis an den Präsidenten von Frankreich mit, in dem er seine Solidarität mit Jean Moreau zum Ausdruck bringt:

„Als Jean Moreau zum erstenmal verhaftet und ins Gefängnis geworfen wurde, fühlte ich mich beschämt und gedemütigt, weil ich ihm meine Unterstützung nicht geben konnte, ihm und seiner Sache, für die er zu leiden bereit war. Seine Überzeugungen, die er in dem Brief an den Minister für Nationale Verteidigung geäußert hatte, waren auch die meinen...

Ich fühlte mich moralisch schuldig, weil man mir auf Grund meiner eigenen Überzeugungen als Weltbürger die Freiheit gewährte, in Frankreich ohne Papiere zu leben, ohne daß die Behörden mir irgendwelche Schwierigkeiten machten — was doch in offensichtlichem Widerspruch zu ihren nationalen Gesetzen stand —, während ein anderer für dieselben Überzeugungen zu leiden gezwungen wurde. Mit der Zustimmung der Behörden und des französischen Volkes überschritt ich täglich das französische Gesetz, ohne daß man mir irgendeine Strafe auferlegte; Jean Moreau übertrat ebenfalls bewußt das französische Gesetz, und er mußte seine ganze Strenge fühlen. Zweifellos war ich sehr glücklich, zu sehen, daß Sie im Symbol meiner Aktion ein Sittengesetz anerkannten, das über allen nationalen Gesetzen steht. Aber ich sehe erst jetzt, daß die Verhaftung und Einkerkelung von Moreau dieser Anerkennung des sittlichen Gewissens widerspricht, deren ich mich zu erfreuen glaubte. Ich gebe mir auch Rechenschaft darüber, daß ich befürchtet habe, wenn ich offen für Jean Moreau Partei ergriffe, ergäbe sich daraus auch für mich selber eine Gefängnisstrafe. Doch jetzt hat meine Freiheit für mich keinen Sinn mehr.

Ich vertraue darauf, daß Sie den sittlichen Konflikt verstehen werden, den die Tatsache in mir erregt, daß ich in Freiheit bleibe, während Jean Moreau von neuem im Gefängnis ist... Darum habe ich die Ehre, anzuregen, daß die französischen Behörden mich ab sofort ebenfalls ins Gefängnis an die Seite Jean Moreaus setzen. Sie werden verstehen, wie viel mir daran liegt, meine Bitte sofort erfüllt zu sehen; solange Jean Moreau sich in Haft befindet, ist jeder Tag Freiheit für mich eine Ungerechtigkeit...“

Weltorganisation
christlicher
Sozialarbeit

Seit drei Jahren gibt es eine „Internationale Christlich-Soziale Vereinigung“, die vom 17.—20. Oktober 1949

in Brüssel ihre 3. Jahrestagung abhielt. Unter den Teilnehmern des Kongresses, die aus elf Ländern kamen, befanden sich auch Abgeordnete der katholischen sozialen Bewegung Deutschlands unter Führung von Landtagspräsident Gockeln, Düsseldorf, und Verbandspräsident Dr. Schmitt, Köln. Die internationale Vereinigung verfolgt den Zweck, die katholischen sozialen Organisationen auf der gesamten Welt zu gemeinsamer Aktion zu vereinigen. In Brüssel gelang es, die Verbindung zu der

bereits bestehenden Interamerikanischen Vereinigung herzustellen.

Was die in Brüssel gefaßten Beschlüsse angeht, betrachtet die Vereinigung die fortschreitende Verproletarisierung der Welt als das vordringlichste internationale Problem, von dessen Lösung auch eine wirksame Bekämpfung des Kommunismus abhängt. Man forderte die Welt auf, diesem Problem vor allem durch Maßnahmen zur Förderung des kleinen Eigentums und durch Ansiedlung breiter Schichten in eigenem Heim auf eigenem Grund und Boden zu begegnen. Auch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter wurde als zeitgemäßer Ausdruck der geistigen Entwicklung der Arbeiterschaft allgemein anerkannt und seine Verwirklichung gefordert. Die katholischen sozialen Organisationen der vertretenen Länder bekannten sich auch zu der Auffassung, daß das Flüchtlingsproblem durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden müsse.

Zu viel
soziale Tätigkeit
der Kirche?

Bei dem Internationalen Ferienkurs der Universität Freiburg (Schweiz) im

August dieses Jahres kam es zu einer scharfen Diskussion zwischen Douglas Woodruff, dem Herausgeber der Londoner konservativ-katholischen Zeitschrift „The Tablet“, der von dem britischen Schriftsteller Lunn unterstützt wurde, und andererseits dem belgischen Generalsekretär des Internationalen Verbandes der christlichen Gewerkschaften, Serrarens, sowie dem Freiburger Professor P. Bouchenski OP.

Woodruff äußerte die Ansicht, die Kirche im 20. Jahrhundert werde dadurch charakterisiert, daß sie alle Kräfte auf die Wiedergewinnung des Proletariates verwende. Dabei habe sie sich gegenüber den Massen eine Sprache angewöhnt, die so klinge, als sei die materielle Verbesserung das A und O der menschlichen Existenz. Lunn fügte hinzu, die Figur des Proletariers sei geradezu zum Idol unserer Zeit geworden. Es sei notwendig, die Kirche daran zu erinnern, daß es noch andere Menschen zu gewinnen gilt als die Proletarier.

Serrarens widersprach entschieden. Die beherrschenden Probleme unserer Zeit seien die sozialen, und sie verlangten vor allen anderen nach einer Antwort von seiten der Kirche. Pater Bouchenski wandte sich gegen einen falschen Traditionalismus. Man müsse seinen Glauben zwar durch den Anschluß an die große Tradition der Kirche sichern und vertiefen; aber die Tradition sei dazu da, daß man aus ihrem Geist die Problematik der Gegenwart bewältige.

Hintergründe der Diskussion

Diese Diskussion will auf dem Hintergrund der konkreten Erfahrungen jener Männer betrachtet werden, die sie führten. Die beiden britischen Konservativen sprachen, wie auch die Haltung des „Tablet“ immer wieder beweist, unter dem Eindruck, daß die Sozialisierungspolitik der Labour-Party, der ja beträchtliche Kreise des englischen Katholizismus politisch nahestehen, auf dem Punkte angekommen ist, von wo aus sie sich zu einer Bedrohung der persönlichen Freiheit und des Eigenlebens aller nicht-staatlichen gesellschaftlichen Gruppen entwickeln kann. In der Sozialisierung des Gesundheitswesens komme diese Entwicklung an die Grenze des Tragbaren, im Schulwesen sei diese Grenze überschritten. Die Labour-Leute bedienen sich natürlich des Argumentes, daß sie das Wohl

der breiten Masse fördern, und soweit sie katholisch sind, versäumen sie nicht, ihre Politik mit den sozialen Enzykliken der Päpste zu rechtfertigen. Diese Lehrschreiben enthalten aber natürlich nicht die einzige und nicht die ganze katholische Lehre. Ihre allzu betonte Herausstellung, meint Woodruff, birgt die Gefahr in sich, daß die Öffentlichkeit den Eindruck erhält, die katholische Kirche sehe ihre Hauptaufgabe darin, die irdischen Verhältnisse umzugestalten, und darüber die eigentlich religiöse und jenseitige Ausrichtung der christlichen Botschaft nicht mehr vernimmt.

Die kontinentalen Teilnehmer der Diskussion dagegen haben es in ihren Ländern mit der Aufgabe zu tun, die Nächstenliebe und soziale Gerechtigkeit des katholischen Besitzbürgertums zu wecken, dem die Kirche keinen größeren Gefallen tun könnte, als vom Himmel zu sprechen und vom Hauptgebot zu schweigen.

Die Freiburger Diskussion hat in der katholischen Öffentlichkeit einen starken Nachhall gefunden, der besonders im „Catholic Herald“ zum Ausdruck kam.

Für und Wider

Die Parteigänger Woodruffs weisen auf die Gefahr hin, daß die bevorzugte Verkündung der sozialen Lehren der Kirche auf die Öffentlichkeit den Eindruck mache, als ob die Kirche in der Hauptsache ein innerweltliches Anliegen verfolge oder doch dieses ihr im Augenblick das Wesentlichste sei. Tatsächlich aber müsse doch auch heute der Ruf der Gnade Gottes über diese Welt hinaus das Erste und Wichtigste bleiben. Dies sei auch der notwendige und eigentlich kirchliche Beitrag zur Sozialreform. Außerdem führe die soziale Verkündigung uns notwendig in eine Haltung des Antisozialismus hinein, und wir würden in den Augen vieler Menschen als eine in der Hauptsache antisozialistische Bewegung erscheinen. Man spreche immer von einer Verchristlichung der Arbeiterbewegung, die durch unsere soziale Botschaft angestrebt werden solle. Es handle sich aber gar nicht darum, eine Bewegung, ein soziales Gebilde als solches, sondern vielmehr die Seele der in dieser Bewegung vereinigten Menschen mit dem Geiste Christi zu erfüllen. Dazu aber sei weniger eine sozialreformerische Lehre als vielmehr die Botschaft vom ewigen Heil geeignet.

Die Gegner machen geltend, daß eine solche Auffassung der innigen Bezogenheit von Natur und Übernatur im Menschen nicht gerecht wird. Die Gnade setzt normalerweise voraus, daß der Mensch unter natürlichen Verhältnissen sein Leben führen kann. Man darf keinem falschen Supranaturalismus huldigen und sollte sich durch den Realismus der höchsten kirchlichen Autorität belehren lassen. Der Papst hat erst vor kurzem gesagt: „Alles bis zum äußersten muß unternommen werden, die Arbeiter für Gott und Christus wiederzugewinnen“. Ein solcher Versuch aber wird nie zum Ziele führen, wenn man nicht gleichzeitig alles tut, um den Massen ein menschenwürdiges Dasein zu geben und sie zu entproletarisieren.

Die Absicht der kirchlichen Sozialreform

Der „Catholic Herald“ hat in einem Leitartikel (23. 9. 1949) die Gründe gegeneinander abgewogen und etwas Wesentliches zu dieser Frage bemerkt. Die Zeitung beginnt mit der Feststellung, daß dem Christentum von jeher der Reichtum verdächtig war und daß der richtige Gebrauch der Reichtümer immer für eine sehr schwierige

Sache gehalten wurde. Deshalb ist es eine christliche Überzeugung, daß der arme Mensch an und für sich leichter zu Christus gelangt als der reiche.

Aber man muß zwei Dinge auseinanderhalten: Die Kirche preist den Armen selig. Das heißt nicht, daß sie jene seligpreist, die durch ihr Unrecht die Armut anderer verschulden. Dies Verschulden ist etwas Böses, und die Kirche hat die Pflicht, dagegen zu kämpfen. „Es würde offenbar ein Widerspruch sein, wollte die Kirche in ihrer Liebe zu den Armen die Absicht verfolgen, diese Menschen in den für sie gefährlichen Zustand des Reichtums zu versetzen“. Das würde für die Armen keine geistliche Wohltat sein. Deshalb unterscheidet sich die Sorge der Kirche um das Proletariat durchaus von den sozialistischen und kommunistischen Plänen, die danach trachten, den Arbeiter in eine Position zu bringen, die von der Kirche mit schwerer Besorgnis betrachtet wird. Wenn die Kirche das Los des Arbeiters verbessern will, dann nur zu dem Zweck und in dem Maß, als dadurch das Heil seiner Seele gefördert wird.

Das Heil der Seele ist nicht in erster Linie durch die Armut als solche, sondern vielmehr durch die Ungerechtigkeit, die ungerechte Verteilung der Güter gefährdet, die dem Arbeiter das Bewußtsein gibt, von den übrigen Menschen verachtet und von der Gesellschaft verstoßen zu sein. Dieses Unrecht zu beseitigen, dieses Böse zu bekämpfen, ist die Kirche verpflichtet, und dies ist das unmittelbare Ziel ihrer sozialen Tätigkeit. „Die Kirche ist deshalb mehr darum bemüht, den Reichen die Wahrheit zu sagen, als unmittelbar darauf hinzuwirken, daß der Zustand der Armen gehoben wird.“ Denn die Besserung der materiellen Verhältnisse als solche gehört nicht zum Aufgabenbereich der Kirche, sondern des Staates und der weltlichen Wirksamkeit der Menschen überhaupt.

Wenn also die Kirche in unserer Zeit die Verpflichtung empfindet, dem Proletariat zur Seite zu stehen, „hat das keineswegs die Bedeutung, daß sie den Arbeitern als solchen eine Art besonderen Kultes erweist. Sie liebt immer noch die Armen, insofern die Armut recht verstanden ein Segen ist. Sie warnt immer noch die Reichen vor den Gefahren des Reichtums“. Nicht das ist ihre Absicht, ein irdisches Paradies zu schaffen oder auch nur zu predigen, wie es der Sozialismus tut, sondern der Gnade den Boden zu bereiten und das Böse, das Unrecht zu bekämpfen, wo immer es sich zeigt.

Die Unterhaltung der katholischen Schulen in England

Die englischen Bischöfe haben im Anschluß an ihre letzte Zusammenkunft im Oktober die Regierung aufgefordert, unter Abänderung der geltenden Gesetze die staatlichen Unterhaltszuschüsse für die katholischen Privatschulen zu erhöhen. Die Regierung hat die Vorschläge des Episkopates zurückgewiesen. Gleichzeitig hat die Leitung der konservativen Partei bekanntgegeben, daß sie die Haltung der Regierung billige. Führende katholische Laien haben ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Bischöfe diese politische Aktion ohne Verständigung mit den katholischen Politikern unternommen haben. Sie sind der Meinung, daß es klüger gewesen wäre, durch persönliche Verhandlungen allmählich den Boden für eine günstigere Gesetzgebung zu bereiten. Der offizielle und öffentliche Schritt der Bischöfe sei jetzt, so kurz vor den Wahlen, als eine Herausforderung der Parteien empfunden und deshalb von allen Seiten abgelehnt worden.

In ihrer Denkschrift haben die englischen Bischöfe einen Überblick über die Entwicklung des Schulwesens gegeben. Vor 1870 wurden die Schulen in England ausschließlich von privater Seite, und zwar zumeist von kirchlichen Körperschaften, unterhalten. Die Katholiken haben daran einen unverhältnismäßig großen Anteil gehabt. Seit 1902 trug der Staat der Gemeinnützigkeit dieser Schulen dadurch Rechnung, daß er die Kosten für die Unterhaltung der Gebäude und die Besoldung der Lehrkräfte übernahm. Die Auswahl und Ernennung der Lehrer blieb in der Hand der privaten Schulträger. Das finanzielle Problem für die Katholiken bestand nunmehr hauptsächlich darin, die Baukosten für die zahlreichen neuen Schulen aufzubringen, die im Zuge der andauernden Vermehrung der katholischen Bevölkerung errichtet werden mußten. In dieser Sache kam der Staat durch ein weiteres Gesetz vom Jahre 1936 den Kirchen entgegen. Dieses Gesetz ermächtigte die örtlichen Schulbehörden, bis zu 75% der Kosten für die Errichtung neuer Privatschulen zu übernehmen. Die gleiche Regelung sollte für die Wiederherstellung und Erweiterung alter Schulgebäude gelten. Die englischen Bischöfe stellen allerdings fest, daß dieses Gesetz durch den Krieg, der bald darauf begann, um seine Wirkung gebracht worden sei. Es wurde dann im Jahre 1944 durch ein nach dem damaligen Erziehungsminister Butler benanntes Abänderungsgesetz widerrufen, das mit seinen Ergänzungen aus den Jahren 1946 und 1948 das System des englischen Schulwesens von Grund auf veränderte. Das neue Gesetz gestattet zwar die Weiterführung der bisherigen und die Errichtung neuer Privatschulen. Jedoch müssen diese Schulen in Bezug auf ihre Ausstattung den staatlichen Mindestanforderungen genügen. Um diesen Standard zu erreichen, waren allein schon für die damals bestehenden katholischen Schulen finanzielle Aufwendungen seitens der Kirche notwendig, die das Ministerium selbst auf 10 Millionen Pfund bezifferte, die aber nach Schätzung der Bischöfe tatsächlich 50—60 Millionen Pfund erfordern werden. Der Staat trägt zwar auch weiterhin die Hälfte der Unterhalts- und Erweiterungskosten für die Schulen, aber der Anteil von 60 Millionen, den die Katholiken selber aufbringen müssen, wird von den Bischöfen als schlechterdings untragbar bezeichnet. Daraus würde sich ergeben, daß ein großer Teil der Schulen bei ernsthafter Durchführung dieses Gesetzes geschlossen oder vom Staat übernommen werden müßte. In jedem Falle würden diese Schulen für die religiöse Erziehung der katholischen Kinder verlorengehen, da in den englischen Staatsschulen nur ein konfessionell nicht gebundener Religionsunterricht erteilt werden darf. Vollends unmöglich ist es für die Kirche, unter den Bestimmungen des geltenden Gesetzes neue Schulen zu errichten; denn dazu leistet der Staat überhaupt keinen Beitrag. Er trägt lediglich die Hälfte der Unterhaltungskosten, wenn sie einmal errichtet sind.

Der Vorschlag der Bischöfe

Die Bischöfe haben der Regierung folgende Regelung vorgeschlagen: Die katholischen Schulen sollen an die örtlichen Schulbehörden verpachtet werden. Die Pacht wird nur als Anerkennungsgebühr betrachtet. Soweit die Schulen noch mit Schulden belastet sind, muß sie allerdings deren Verzinsung und Tilgung decken. Dafür soll der Studienplan in den weltlichen Fächern vom Staat be-

stimmt werden. Die Kirche verzichtet auch auf das Recht zur Ernennung der Lehrer und begnügt sich mit einem Einspruchsrecht gegen ungeeignete Persönlichkeiten. Die Bischöfe erkennen an, daß ihr Vorschlag dem Staat eine große Belastung zumutet. Sie rechtfertigen diese mit dem Hinweis, daß die katholische Kirche der öffentlichen Erziehung durch lange Zeit diese Kosten abgenommen habe und daß man es dem katholischen Steuerzahler nicht länger auferlegen dürfe, gewissermaßen einen doppelten Beitrag für die Schulen zu leisten. Außerdem sei der katholische Volksteil einfachhin zu arm, um die zusätzlichen Belastungen zu ertragen.

Die Regierung hat in ihrer Antwort vor allem hervorgehoben, daß es der englischen Tradition widerspräche, wenn Schulen aus öffentlichen Mitteln unterhalten und dann im Sinne einer bestimmten Konfession geführt würden. Sie erkennt nicht an, daß es berechtigt sei, die Kosten privater Unternehmungen der Allgemeinheit aufzubürden, was die Kirche von jeher versucht habe. Außerdem müsse sie es ablehnen, unter dem Druck der bevorstehenden Wahlen über diese Angelegenheit zu verhandeln. Die Bischöfe haben versucht, diese Einwände zu entkräften. In ihrer Stellungnahme heißt es: „Wir sind nicht entmutigt durch die Tatsache, daß der Erziehungsminister und der Führer der Labour-Party unsere Vorschläge zurückgewiesen haben. Es ist unsere Pflicht, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um Gerechtigkeit für unsere Schulen zu erhalten, und wir vertrauen darauf, daß wir in diesem Bemühen die Sympathie und Förderung aller wohlmeinenden Mitbürger besitzen.“ Wie die katholische englische Presse hervorhebt, sind die englischen Bischöfe so sehr von der Gerechtigkeit ihrer Vorschläge überzeugt, daß sie ihre Verwirklichung für selbstverständlich halten, wenn die Öffentlichkeit über die wahre Sachlage unterrichtet wird.

Gerade deshalb, weil es sich hier darum handelt, die Stimme der Öffentlichkeit zu beeinflussen, haben führende katholische Laien das Vorgehen der Bischöfe in diesem Augenblick und in dieser Form öffentlich für unzumutbar erklärt. Unter denjenigen, die die Bischöfe kritisiert haben, befinden sich katholische Abgeordnete der regierenden und der oppositionellen Partei. Sie haben darauf hingewiesen, daß die Finanzlage des englischen Staates in diesem Augenblick denkbar ungünstig ist, um eine solche Forderung durchzusetzen. Vor allem aber haben sie den Bischöfen zu bedenken gegeben, daß eine Forderung von wesentlich politischem Charakter in der englischen Öffentlichkeit nur dann Aussicht auf Beachtung hat, wenn sie von einer genügend großen Anzahl von Bürgern vorgebracht wird, während die Bischöfe als Repräsentanten einer außerhalb des Staates stehenden Macht empfunden werden, deren Ansprüche immer eher als Belastung denn als Förderung des staatlichen Gemeinwohls erscheinen. Soweit die Äußerungen der katholischen Presse ein Urteil gestatten, ist der Mißerfolg der englischen Bischöfe ein Beweis für die Richtigkeit der Auffassung, als deren Vertreter die Herder-Korrespondenz in ihrem letzten Heft (S. 126 ff.) den amerikanischen Jesuiten Murray zu Worte kommen ließ: Das Zeitalter, in dem die Kirche ihre lebensnotwendigen Ansprüche auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen und bischöflicher Interventionen verwirklichen konnte, die Ära des konfessionellen Staates, ist vorüber. In der Gegenwart und in der Zukunft werden die Regierungen den Katho-

liken so viele Rechte zubilligen, als sie ihnen mit Rücksicht auf ihre politische Kraft im Staate zuzubilligen gezwungen sind. Die Verantwortung ist auf die Laien übergegangen.

Die erste Männer- schule Österreichs für soziale Berufe

Ende November öffnete das neugegründete „Seminar für soziale Berufe“ in Wien XV. seine Tore zum ersten Schuljahr. Es ist dies die erste Schule Österreichs zur Ausbildung von Männern für soziale Berufe. Gründer und Schulerhalter ist die Kalasantiner-Kongregation, Leiter des Seminars der bekannte Arbeiterpriester P. Alexander Bredendick C. op.

Die Gründer des Seminars gingen von folgenden Gedanken aus: Unser heutiges soziales Gefüge braucht ausgebildete Kräfte für Erziehung und Fürsorge, für Lehrlingsbetreuung, Berufsberatung, Berufsvormundschaft usw. Nun gibt es zwar eine Anzahl von sozialen Frauenschulen, aber keine entsprechende Schule für Männer, was eine Einseitigkeit und ein Mangel ist, da viele Aufgaben von Frauen nicht ebenso gut geleistet werden können. Lehrlinge und Arbeiter wollen nun einmal nicht mit all ihren Anliegen zu Frauen kommen und von ihnen befürsorgt werden. Auch für die Stellung des Arbeiters zur Kirche ist es kein Vorteil, wenn ihm im kirchlichen Raum nur die Frau als Hilfskraft und Fürsorgerin begegnet. Das sind psychologische Tatsachen, auf die man Rücksicht nehmen muß.

Die Ausbildung im „Seminar für soziale Berufe“ dauert zwei Jahre. Im ersten Jahr erfolgt die allgemein grundlegende Ausbildung mit Glaubenslehre und Bibelkunde, Sozialpolitik und kirchlicher Soziallehre, Psychologie und Pädagogik, Österreichkunde, Jugendfürsorge, Freizeitgestaltung und Rednerschulung. Das zweite Jahr ist dann für die fachliche Ausbildung in einem speziellen sozialen Beruf bestimmt. Als Dozenten wurden u. a. Doz. Karl Lugmayer, Dr. Karl Kummer, Doz. Gottfried Strohschneider, Professor Ernst Josef Görlich gewonnen.

Am 24. November, dem 60. Geburtstag der Gründung der Kalasantiner-Kongregation, hielt Kardinal Innitzer unter Teilnahme von Vertretern der Unterrichtsbehörde und Arbeiterkammer das Heilig-Geist-Amt und sprach über die Notwendigkeit der neuen Gründung zur Verwirklichung eines christlichen Sozialismus. Tags darauf begann der Unterricht. Die Teilnehmer haben entweder Matura oder die Gesellenprüfung. Mehrere von ihnen sind Heimkehrer, das Durchschnittsalter ist 22 Jahre. Für das erste Jahr wurde nur eine kleine Zahl von Schülern aufgenommen, da die Ausbildung ganz individuell erfolgt.

Studienwochen der Katholischen Arbeiterjugend Österreichs

Die Katholische Arbeiterjugend Österreichs (KAJ) veranstaltete im vergangenen Sommer nicht wie im Vorjahr eine gesamtösterreichische Studienwoche, sondern Studienwochen in den einzelnen Diözesen, um die Probleme besser auf die jeweilige Umwelt der Arbeiterjugend abzustimmen.

Wien und Burgenland hielten ihre Studienwoche Ende Juli in Pottschach, N.-Ö. (60 Teilnehmer), St. Pölten und Stift Göttweig (70 Teilnehmer), Linz Mitte Juli in der Landeshauptstadt selbst (70 Teilnehmer), Salzburg Anfang August im Jugendhaus am Tauernpaß (30 Teilnehmer), Tirol Ende August in Stams (50 Teilnehmer), Graz Ende Juli in Maria Trost (40 Teilnehmer).

Auf den Studienwochen wurde als erstes Thema die sittliche Lage der Arbeiterjugend behandelt. Dabei ergab sich das Bild, daß in den großen Betrieben die Verhältnisse am schlechtesten sind. Die täglichen Gespräche, die Witze, die Erzählungen über sexuelle Erlebnisse, aufreizende Bilder, der direkte Einfluß der Erwachsenen (besonders der Arbeiterinnen) machen ein sauberes Denken über Mädchen, Liebe und Geschlecht fast unmöglich. Neu Eintretende verlieren binnen kurzem eine ursprünglich vorhandene gute Haltung. Die pornographische Literatur hat eine solche Verbreitung gefunden, daß dagegen von seiten einzelner Aktivisten nicht aufzukommen ist. So ergab eine im Wiener Gebiet bei 140 Lehrlingen und Jungarbeitern durchgeführte Untersuchung, daß 24 von ihnen nur den „Dr. Faust“, 80 den „Dr. Faust“, „Eva“, „Augustin“ lesen, während 20 andere eine Reihe sonstiger pornographischer Zeitschriften lesen. In manchen Berufsschulen bestehen eigene Tauschzentralen für diese Art von Literatur. Ähnlich ist die Lage in den Industriezentren der Steiermark.

Besser steht es in den kleinen Werkstätten und Betrieben. So berichteten die Teilnehmer in Göttweig, daß es viele Betriebe gibt, wo die Arbeiter, meist ältere Leute, keine schlechte Atmosphäre aufkommen lassen, daneben freilich auch Betriebe, wo es ganz schlecht steht. Die Meister haben auf die sittliche Lage ihres Betriebes entweder keinen oder einen schlechten Einfluß. Durchgängig herrscht bei den Meistern eine materialistische Lebensauffassung, die sie unfähig macht, die sittlichen Probleme zu sehen. An vielen Beispielen konnte gezeigt werden, daß das gute Vorbild eines einzelnen eine sehr große Wirkung hat. Auch aus alpenländischen Diözesen wurde berichtet, daß der Ton der Unterhaltung besser und der Einfluß der Schmutzpresse nicht so verheerend ist, da vielfach ein gewisses Gefühl der Anständigkeit aus dem bäuerlichen Milieu des Dorfes nachwirkt.

Von unheilvollem Einfluß ist das Kino, das jeder Jungarbeiter durchschnittlich zweimal wöchentlich besucht. Doch ist in den mehr ländlichen Gebieten eine gewisse Bevorzugung guter Unterhaltungs- und Bildungsfilme zu beobachten.

Der Tanz spielt immer noch, wenn auch gegenüber früher abgeschwächt, eine sehr große Rolle. Nur ein geringer Teil der Tanzschulen kann als annehmbar bezeichnet werden. In vielen Fällen bilden die „wilden“ Tanzkurse den Anstoß zum sittlichen Ruin der Jugendlichen.

Ein erfreuliches Zeichen ist, daß das Interesse für eine sportliche Betätigung zunimmt.

Ein weiterer Problemkreis war die Aktivistenschulung, die gegenwärtig im Mittelpunkt der Bemühungen steht. Es hat sich nämlich gezeigt, daß größere Gruppen der KAJ erst dann gedeihen, wenn eine Anzahl von Aktivisten zur Verfügung steht. Nur in Linz gibt es bereits solche Gruppen neben den Aktivistenrunden, während in den anderen Städten und Orten vorerst nur Aktivistenrunden geführt werden. Das Wichtigste ist, daß deren Teilnehmer mit dem Grundsatz der KAJ vertraut werden: „Sehen, urteilen, handeln“. Allgemeine Grundsätze und schöne Worte sind wertlos, wenn sich nicht die klare Erkenntnis der Tatsachen und der Wille zur Tat anschließen. Die Arbeitsverhältnisse, das Milieu von Arbeitsstätte, Elternhaus und Berufsschule können nicht realistisch und konkret genug erfaßt werden, um daraus

zu erkennen, was nun getan werden kann. Es mögen nur sehr kleine Schritte sein, aber etwas muß verwirklicht werden, soll nicht alles in unfruchtbaren Diskussionen verbleiben. Es ist noch ein häufig vorkommender Fehler in den Aktivistenrunden, daß Themen eingehend besprochen, aber darüber vergessen wird, was nun getan werden kann. Ein anderer sehr naheliegender Fehler, daß die Runde sich selbst genug sein will, ohne in die Umwelt hinauszuwirken, ist gegenüber früher zurückgetreten. Es ist ferner nicht genug zu betonen, daß das Wichtigste im Apostolat des Jungarbeiters der persönliche Kontakt mit seinen Arbeitskameraden ist.

Die politische Haltung der österreichischen Arbeiter Die Wahlen zu den österreichischen Arbeiterkammern, deren Kandidaten nach parteipolitischen Gesichtspunkten nominiert werden mußten, haben klar erwiesen, daß die Arbeiterschaft in dem fast ganz katholischen Österreich zu mehr als 70% im Lager der Linksparteien steht. Die Gruppe, die politisch den Sozialisten zugerechnet werden muß, erhielt 64,22% aller abgegebenen Stimmen. Die Kommunisten kamen auf 9,75% und die bürgerlichen Gruppen teilten sich in den Rest von 26,03%. Die Gruppe, die der österreichischen Volkspartei nahesteht, behauptete nur in den Ländern der russischen Besatzungszone und in Tirol den bisherigen Stand. In allen übrigen Bundesländern verlor sie an Stimmen. Die österreichische Zeitschrift „Die Furche“ (5. 11. 1949) zieht daraus den Schluß, daß die Arbeiterschaft kein Vertrauen zu den christlichen sozialen Parolen der Österreichischen Volkspartei besitzt und daß die Klassenfronten sich seit dem Krieg versteift haben. Sie fordert von der christlichen Partei „eine herzhaftere Sozial- und Wirtschaftspolitik“ und gibt ihr den Rat, ihr soziales Gewissen zu schärfen, weil darin das Wesen einer Partei zum Ausdruck kommt, die sich auf ihre christlichen Fundamente beruft.

Aus den Missionen

Der Islam lebt Wie wir in diesem Heft (S. 156) berichten, hat die Propaganda Fide sich durch ihren Pressedienst im Sinne einer „gemeinsamen Front für Gott“ für ein Zusammenwirken mit dem Islam in dem vom Atheismus bedrohten Orient ausgesprochen. Schon früher wurde in dieser Zeitschrift darauf aufmerksam gemacht, daß der Islam gegenwärtig in der Türkei eine Regeneration erlebt (3. Jg., H. 5, S. 229), während er in der arabischen Welt im Zeichen der nationalen Erneuerung an Lebenskraft gewinnt. Der folgende Bericht aus dem Mekka von 1949 mag als ein weiterer Beitrag zu der Erkenntnis aufgefaßt werden, daß wir es im Islam mit der vielleicht lebendigsten religiösen Kraft außerhalb des Christentums zu tun haben.

Die Wallfahrt nach Mekka

Zu den fünf Grundpflichten des Muslim gehört neben dem Ablegen des Glaubensbekenntnisses, der Verrichtung der täglichen Gebete, der Leistung der Almosensteuer und der Beachtung der Fasten auch einmal im Leben die Pilgerfahrt nach Mekka. Dieses Gebot gilt für alle freien und volljährigen Glaubensgenossen, gleich ob Mann oder Frau. Mangelnde Mittel sowie Unsicherheit der Reisewege entbinden aber von dieser Pflicht, so daß in den Ländern

des Islam stets nur eine Minderheit den Ehrentitel „Hadschi“ (Mekkapilger) führen konnte.

Die Wallfahrt kann nur in dem danach benannten Monat des islamischen Jahres vollzogen werden, wenn auch außerhalb dieser Zeit ein (minder verdienstvoller) Besuch der heiligen Stätten möglich ist. Die Wallfahrt besteht nicht nur aus einem Gebet in Mekka, sondern aus einer Reihe von feststehenden Riten an verschiedenen Orten des heiligen Bereiches.

Mekka war bekanntlich bereits vor dem Wirken Mohammeds das größte Heiligtum der Araber. Im Mittelpunkt der fetischistisch-heidnischen Bräuche stand die Verehrung eines schwarzen Meteorsteines. Obwohl von den fanatischen Anhängern der alten Religion zum Verlassen seiner Vaterstadt und zur Übersiedlung nach Medina (622 n. Chr.) gezwungen, hat der Prophet, der ja den strengsten Monotheismus predigte, schließlich sich dem Zauber des alten Stammesheiligtums nicht entzogen und selbst die Verehrung der Kaaba vorgeschrieben.

Im Lichte des islamischen Monotheismus, wie er den Hochislam auszeichnet, sind die Wallfahrtszeremonien kaum verständlich.

Sie bestehen im wesentlichen aus der Annahme des „Weihezustandes“ (ihram) schon bei Betreten des Gebietes von Mekka: man faßt den Vorsatz, die vorgeschriebene Wallfahrt im rechten Sinne auszuführen, und unterwirft sich ihren Vorschriften, die u. a. das Haarschneiden, Rasieren und Kämmen, die Jagd und den Geschlechtsverkehr untersagen; zum äußeren Zeichen trägt man die Festtracht, bestehend aus 2 ungenähten weißen Tüchern; die sonst dem Muslim unentbehrliche Kopfbedeckung fällt jetzt weg.

Ein siebenmaliger, von laut rezitierten Gebeten begleiteter Umgang um das würfelförmige, mit einem Samttuch bedeckte Gebäude im Inneren des Moscheehofes von Mekka, welches den schwarzen Stein enthält, eröffnet und schließt die Zeremonien. Die eigenartigste davon ist der vorgeschriebene Aufenthalt der Pilger auf dem öden Felsgelände des Berges 'Arafa, vier Stunden östlich von Mekka. Die heidnische, wohl in einem Naturkult zu suchende Wurzel dieses Brauches ist vergessen, der Islam begnügt sich mit der Forderung des gemeinschaftlichen Aufenthaltes auf dem Berge. Auf dem Rückweg hat jeder Pilger in dem Städtchen Minā sein Steinchen zu den anderen auf einen Haufen zu werfen. Im gleichen Ort wird schließlich der Weihezustand abgelegt: die Haare werden geschnitten, Opfertiere geschlachtet und drei Festtage begangen, die auch in der übrigen islamischen Welt als Opferfest den Höhepunkt des Jahres bilden.

Mekka 1949

Die letzte Pilgerfahrt im Herbst 1949 fand zum erstenmal wieder unter halbwegs friedensmäßigen Verhältnissen statt, so daß es wieder zu dem üblichen Zustrom von Pilgern aus der gesamten islamischen Welt kam.

Eine Nation hat jahrelang so gut wie gefehlt, und zwar gerade diejenige, in deren Händen während der ganzen Neuzeit bis 1917 der Schutz der heiligen Stätten gelegen war und deren politisches Oberhaupt als geistlicher Nachfolger (Kalif) Mohammeds gegolten hatte: die Türken haben 1924 das Kalifat abgeschafft und auf ihrem Wege zu einem Nationalstaat nach westlichem Zuschnitt vom Islam Wesentlicheres als nur die traditionelle Tracht abgestreift. Die Pilgerfahrt nach Mekka zuzulassen oder gar

zu fördern kam einem merkantilistisch geleiteten Staatswesen schon aus Devisengründen nicht in den Sinn. Überdies mochte man von dem mit erneuerten religiösen Eindrücken heimkehrenden Hadschi eine unerwünschte Propaganda befürchten. So wurde selbst dieser Ehrentitel unterdrückt.

Es ist kein augenfälligeres Beispiel für die allmählich in der Türkei stattfindende Rückwendung zum Islam denkbar als die Beachtung, die diesmal Mekka auch in der türkischen Öffentlichkeit gefunden hat. Unter den 300 000 in Mekka versammelten Pilgern befanden sich wieder 10 000 Türken. Ein Schiff der staatlichen Reederei hatte eigens die Reise nach Dschidda unternommen. Auf dem Berge 'Arafa nahm der Gesandte Ankaras türkische Pilger in sein Zelt auf. Drei der angesehensten türkischen Zeitungen entsandten Sonderberichterstatter im Flugzeug, die aber wohlgemerkt nicht nur als Reporter mit der Leica auftraten, sondern selbst in den rituellen Gewändern an den Zeremonien teilnahmen, und — was noch mehr wundert — die türkischen Blätter konnten gar nicht genug Bilder von ihren Mitarbeitern in der urchinlichen Pilgertracht bringen.

Aus den Berichten ist übrigens zu entnehmen, daß sich auch diese völlig verwestlichten, unter Atatürks laizistischer Propaganda aufgewachsenen Männer dem Zauber einer aus so vielen verschiedenartigen Ländern wie Marokko, Ägypten, vom Balkan, aus Persien, Afghanistan, Pakistan, ja aus Java und China zusammengeströmten Glaubensgemeinschaft nicht entziehen konnten. Politisch und militärisch hat zwar der Islam in seinem Kampf mit Israel wenig Durchschlagskraft und noch weniger Solidarität bewiesen, aber es mag manchem Pilger, vor allem aus den stark verwestlichten Ländern, innere Genugtuung bereitet haben, einmal wieder in der streng vor dem Eindringen „Ungläubiger“ verteidigten Glaubensatmosphäre unterzutauchen. Nichtmuslims ist das Betreten von Mekka bekanntlich immer noch streng verwehrt.

Das gegen den Westen lange hermetisch verschlossene Saudi-Arabien hat sein Herrscher, ein Meister der Staatskunst, vor allem während des letzten Krieges mehr und mehr der Technik geöffnet. Amerikaner beuten seine Erdölvorkommen aus, aber sie überschwemmen auch seinen Markt mit ihren Erzeugnissen. Auf dem 'Arafa entsteht für die Bedürfnisse der 300 000 eine Zeltstadt mit Wirtsbuden, Geldwechslern bis zu den Verkäufern von Coca Cola, Lucky Strike und Palmolive-Seife.

Man könnte meinen, daß der traditionalistische Islam wenigstens seine heiligen Stätten, wie gegen das Eindringen ihrer Überbringer, so auch gegen das der westlichen Technik selbst geschützt hätte. Das Gegenteil ist der Fall: langhaarige Beduinenpolizei flitzt im Jeep umher, aus den im Gedränge der nächtlichen Gassen hoffnungslos eingekleiteten Luxuslimousinen tönt der rituelle Ruf „zu deinen Diensten, o Gott“, Lautsprecherwagen suchen auf arabisch, persisch, türkisch oder ordu Verlorengegangene, der Berg 'Arafa hat elektrisches Licht und fließendes Wasser, Sanitätsstationen und Lautsprecher. Die Gassen Mekkas werden täglich durch Ärzte auf Motorfahrzeugen mit DDT desinfiziert und, unvorstellbar, von den Minaretten rufen Lautsprecher die Pilgermassen in den großen Hof, aus dem die Moschee eigentlich nur besteht. Ibn Saud hatte allen Kraftfahrern eingeschärft, auf allen Straßen ermüdete Pilger zum Einsteigen aufzufordern.

Im Banne der Tradition scheint aber noch die weibliche Bevölkerung Mekkas zu stehen. Während elegante reiche Pakistanerinnen, von den pyjamaartigen Gewändern bis zum Handschuh und Sonnenschirm ganz in Weiß gekleidet, die Hotelhallen bevölkern, zeigt sich die Mekkanerin nur zu den Gebetszeiten in der Öffentlichkeit; und auch dann nur unter einem dichten Schleier oder einer roten, mit Münzen behängten und mit engen Schlitzen versehenen Maske.

Jahrtausendalte Gebräuche und modernste, technische Hilfsmittel, sie lassen sich offenbar nun auch für das Denken des Muslim vereinen. Hat er damit nur den letzten Grad seiner Assimilationsbereitschaft bewiesen oder vielleicht nicht vielmehr eine unerschütterte Sicherheit im Kernbereich seines Glaubens?

Die Kirche und der Islam

Der Pressedienst der römischen Kongregation für die Verbreitung des Glaubens hat in einem jüngst erschienenen Aufsatz über dieses Thema festgestellt, daß die Isolierung der muselmanischen Welt immer mehr durchbrochen wird. Der Islam öffnet sich der Berührung mit anderen geistigen Welten, wobei er sich aber weder dem Kommunismus noch dem modernen Nationalismus besonders geneigt zeigt. „Viele fromme Muselmanen“, heißt es, „sehen besser als viele Menschen der westlichen Welt, welche Gefahr der Kommunismus für die Religion darstellt. Die Möglichkeit einer ‚gemeinsamen Front für Gott‘ scheint nicht ausgeschlossen zu sein.“ Die frühere Bedrückung der Christen in den arabischen Ländern darf den Willen zur Annäherung nicht ausschließen, sagt der Verfasser. Er weist darauf hin, daß dem Islam auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet richtunggebende ethische Wahrheiten und Ziele fehlen und schließt mit der Frage: „Wer wird fähig sein, diese Leere des Islam auszufüllen?“

Die französische Zeitung „Le Monde“ (26. 11. 1949) gab von dieser Einladung Kenntnis und drückte ihre Überzeugung aus, daß trotz des geringen Erfolges der katholischen Missionen gegenüber dem Islam eine gemeinsame Grundlage der Zusammenarbeit gegen den Atheismus vorhanden sei und daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns auf beiden Seiten zunehme.

In diesem Sinne hat sich nun auch die „Weltvereinigung der Muselmanen in Europa und Afrika“ vernehmen lassen, die durch ihren Generalsekretär Al. Bahry in der gleichen Zeitung zu dem römischen Aufsatz Stellung nahm. In dem Schreiben heißt es: „Der Koran weist hin auf die unauflöselichen Bande, die zwischen den Christen und den Muselmanen bestehen. Im Sinne dieser geheiligten Anweisung wird die Weltvereinigung der Muselmanen es als ihre Pflicht ansehen, Hand in Hand mit der katholischen Welt nicht nur gegen den Kommunismus anzugehen, sondern gegen alle destruktiven Weltanschauungen, die zur Anarchie und zum Nihilismus, zur Entwürdigung und Leugnung des Menschen führen.

Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Front fordert gebieterisch eine Vereinigung beiderseitiger und fortgesetzter Bemühungen. Diesem Zweck würde eine Konferenz genügen, in der die Persönlichkeiten der katholischen und der muselmanischen Welt vertreten wären, um die beiderseitigen Mittel gemeinsam einzusetzen und die festen und realen Verbindungen zu stärken. Was das Handeln angeht, ergibt es sich daraus notwendig von selbst, da ja jeder aufrichtige und bewußte Gläubige es als seine erste

Pflicht betrachten muß, die geistigen Werte seines Erbes zu verteidigen.

Die Weltvereinigung der Muselmanen hat bereits eine Aufforderung zur Vereinigung und Zusammenarbeit an die ganze islamische Welt ergehen lassen. Sie weiß sich andererseits allen denjenigen verpflichtet, die im gleichen Sinne in der westlichen Welt wirken.“

Ökumenische Nachrichten

„Ökumenischer
Katechismus“

Pfr. Lic. Wilhelm Menn hat im Auftrage der „Arbeitsgemeinschaft der christlichen Kirchen in Deutschland“ (Ökumenische Zentrale Frankfurt/M.) einen „Ökumenischen Katechismus“ herausgegeben, der als erste Unterrichtung über Werden und Wesen der ökumenischen Bewegung gedacht ist. (Ev. Verlagswerk, Stuttgart, 52 S.) Die Gesinnung, in der diese saubere Arbeit verfaßt ist, zeigt Art. 55 über das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche: „Sie hat es abgelehnt, sich an den ökumenischen Bestrebungen zu beteiligen, nicht weil ihr die Sache der Wiedervereinigung der Christenheit gleichgültig wäre, sondern weil es nach ihrer Überzeugung keinen anderen Weg zu wahrer Einheit der Christenheit gibt als den der Rückkehr zur Kirche Roms. Die r.k. Kirche verfolgt aber die ökumenische Bewegung mit gespannter Aufmerksamkeit. Von dem Verhältnis zu ihr gilt grundsätzlich das gleiche wie von dem Verhältnis zu allen anderen Kirchen, die Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen. In einigen Ländern hat ein brüderliches Gespräch zwischen ihr und anderen Kirchen begonnen, und mancherlei Aufgaben werden mit ihr zusammen angegriffen, zumal solche der brüderlichen Hilfe. In Deutschland ist als Ausdruck des Willens zu gegenseitigem Verstehen am bekanntesten die Una-Sancta-Bewegung geworden. Es bedarf gegenüber der Kirche Roms eines besonderen Ausmaßes von gutem Willen, aber auch von Nüchternheit, denn nirgends sonst ist zwischen den Kirchen die gegenseitige Entfremdung durch jahrhundertelangen Kampf so tief geworden wie hier. Hier erscheint deshalb auch das Ziel der Wiedergewinnung der Einheit so unerreichbar fern wie nirgends sonst; hier wird am klarsten, daß dieses Ziel erbetet werden muß.“ — In Art. 59 wird die Geltung der Sonderbekenntnisse im Ökumenischen Rat erörtert und gesagt, daß in „vielen“ Kirchen das Apostolische und das Nicänische Bekenntnis in Kraft sind. Es wird aber nicht gesagt, in welchen Denominationen diese trinitarischen Bekenntnisse nicht in Kraft sind. Der „Katechismus“ ist weniger für die Sonderaufgabe der Bewegung „Glaube und Verfassung“ bestimmt. Er ist aber auch gegenüber den konkreten Aufgaben des Ökumenischen Rates sehr nüchtern, denn er bringt keine irgendwie geartete Zusammenfassung von ökumenischen Lehren zu den schwebenden Fragen der Evangelisierung, der sozialen Ordnung oder des internationalen Rechtes, wie sie in entsprechenden katholischen Arbeiten enthalten sind. Offenbar hält der Herausgeber die theoretischen Leistungen der Sektionen des Ökumenischen Rates noch nicht für hinlänglich geklärt, daß man sie unter das Volk bringen kann.

Ein Urteil des
evangelischen Ostens

In der anderen ökumenischen Zentrale der EKD, die der „Kirchlichen Hochschule“ in Berlin bzw. dem Amtssitz des Bischofs D. Dibelius angegliedert ist, verfolgt man die

ökumenische Arbeit mit ernststen Sorgen. Es wird dort besonders schmerzlich die geringe Finanzierung der Bewegung „Glaube und Verfassung“ empfunden, die auf die Unterbewertung durch die amerikanischen Denominationen zurückgeht: wenn nicht jedes Jahr mindestens zwei Kirchenunionen (= Fusionen) gemeldet werden, habe man schon kein Geld mehr für die Sache übrig! Zum Sprecher dieser Sorgen hat sich der Leiter des Ökumenischen Seminars der Kirchlichen Hochschule Berlin, Pfr. Dr. Jürgen Winterhager, in seiner beachtlichen Schrift „Der Weltrat der Kirchen“ gemacht, aus der wir schon einmal zitieren mußten (vgl. Herder Korrespondenz Jg. 4, S. 85). Er zeigt, daß man im Osten die organisatorischen Fragen nicht überschätzt, sondern der inneren Glaubenseinigung das eigentliche Augenmerk zuwendet. Von daher gesehen gewinnt dann Amsterdam ein anderes Gesicht, und der unheilvolle Einfluß von Karl Barth durch seine Gleichgültigkeit gegenüber Rom und der Orthodoxie wird grell beleuchtet. Vor allem wird hier bedauert, daß die Genfer Organisation den orthodoxen Kirchen so wenig Rechnung getragen habe und daß während des Krieges die ökumenische Kommission, die die Frage der russischen Kirche bearbeitet, völlig beiseitegedrückt wurde. Das Fernbleiben der Patriarchen von Jerusalem, Antiochien und Alexandrien von Amsterdam, das viel zu wenig beachtet wurde, sei nicht auf politische, sondern auf kirchliche Gründe zurückzuführen. Winterhager weist darauf hin, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern evangelische Christen dem Weltrat, in dem die Sache von Lausanne zu einer neben vielen anderen geworden sei, eine unheilvolle Zukunft geweissagt haben. Selbst „Réforme“ habe in Amsterdam das Wunder Gottes vermißt und „ein Schauspiel von aufdringlichen Menschen“ gefunden. Es sei zu befürchten, daß „die Berichte in englischer Sprache der Christenheit die Wahrheitsfrage vorenthalten.“ Am Anfang der Konferenz habe nicht ein Wort der Offenbarung, sondern der Wille von Organisatoren gestanden. „Amsterdam war ein Parlament.“ Wenn Erzbischof D. Temple noch gelebt hätte — den die Leser der Herder-Korrespondenz als einen Vorkämpfer der Zusammenarbeit mit Pius XII. für den Frieden kennen (Jg. 2, Seite 372 ff. und 491 f.) —, wäre der kirchliche Charakter stärker zum Ausdruck gekommen. Das sei von vielen so empfunden und gesagt worden. „Für eine Versammlung berufener, erwartungsvoller Christen hat ein System, das aus dem Eifer des Wissens und Wollens geboren ist, wenig Verheißung.“ Wer den geistlichen Regungen der ökumenischen Bewegung nachspüren will, wird diese Schrift, die von der Entwicklung des Ökumenischen Rates immer noch Gutes erhofft, mit Gewinn lesen, zumal der Verfasser durch seine Schrift „Kirche, Staat und Erziehung in ökumenischer Sicht“ (ebenfalls Christl. Zeitschriften-Verlag, Berlin 1949) beweist, daß er auch mit den inneren Verhältnissen der amerikanischen und englischen Kirchen vertraut ist.

Das kirchliche Amt
in der EKD

„Wir erkennen an, daß die alten Verwaltungsexperten über die Theologen siegten“, schreibt Propst D. Hans Asmussen, Kiel, in der führenden evangelischen Monatsschrift der Ostzone „Die Zeichen der Zeit“ (7/8). Er untersucht „das Amt und die Ämter in der kirchlichen Entwicklung seit 1945“. Die Gründe für diesen, wie er sagt, erschreckenden Tatbestand führt er auf die Spaltung der „Bekennenden Kirche“ zurück, die für eine Reform gekämpft hatte. D. Asmus-